

Antragsformular für die Zulassung von Streaming-Angeboten im Internet von juristischen Personen

Jeder Anbieter von Rundfunk hat einen verfassungsrechtlich geschützten Anspruch auf Zulassung seines Angebotes. Dabei ist der Rundfunkbegriff technologieneutral ausgestaltet, d. h. welcher Übertragungsweg für das Rundfunkangebot genutzt wird, ist nicht relevant. Somit können auch audiovisuelle Angebote im Internet dem Rundfunkbegriff unterfallen.

Audiovisuelle Bewegtbildangebote werden aber nur dann als Rundfunk eingestuft, wenn sie

- linear verbreitet werden,
- von mehr als 500 Zuschauern gleichzeitig gesehen werden können,
- redaktionell gestaltet sind und
- entlang eines Sendeplans veranstaltet werden.

Kriterien für die Annahme eines sog. Sendeplans sind Regelmäßigkeit, Häufigkeit oder Aktualität. Weitere Kriterien sind zudem eine vorherige Ankündigung Ihrer Streams über soziale Netzwerke, sodass Ihre Zuschauer wissen, wann Ihr nächster Stream stattfindet, oder eine direkte Kommunikation mit dem Publikum. Darüber hinaus können auch eine Adressierung der Zuschauer, der vorherige Erwerb von Rechten oder ob Ihr Angebot auf Fortsetzung angelegt ist dafür sprechen, dass es sich um einen Sendeplan handelt.

Bitte füllen Sie das nachfolgende Formular aus, unterzeichnen die aufgeführten Erklärungen und fügen Sie die erwähnten Anlagen diesem Antrag bei.

1. Angaben zum Antragsteller

1.1 Angaben zur juristischen Person (Gesellschaften wie u.a. GmbH, UG, OHG, AG, KG, GmbH & Co. KG)

Firmenname

Straße

Nr.

Adresszusatz

PLZ

Ort

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Name, Vorname und Wohnsitz des/der gesetzlichen oder satzungsmäßigen Vertretungsberechtigten

1. _____

2. _____

3. _____

1.2 Handels- bzw. Vereinsregisterauszug vom _____

Beiliegend als Anlage _____

1.3 Gesellschaftsvertrag vom _____

Beiliegend als Anlage _____

1.4 Weitere zwischen den Gesellschaftern in Bezug auf die Programmveranstaltung getroffene Vereinbarungen

1. _____

2. _____

Beiliegend als Anlage _____

1.5 Gesellschafter der Antragstellerin und die Höhe ihrer Beteiligungen (soweit sich diese Angabe nicht bereits aus dem Gesellschaftsvertrag ergibt)

Gesellschafter	Kapital-Anteile	Stimmrechts-Anteile

Eine Darstellung der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen im Sinne des § 28 RStV an der Antragstellerin, sowie der Kapital- und Stimmrechtsverhältnisse bei der Antragstellerin und in den mit ihm im Sinne des Aktiengesetzes verbundenen Unternehmen.

Beiliegend als Anlage _____

Angabe der Angehörigen im Sinne des § 15 Abgabenordnung der o.g. Beteiligten sowie der Vertreter der Person oder Personengesellschaft oder des Mitglieds eines Organs einer juristischen Person, die Beteiligte im Sinne des § 21 Abs. 2 Nr. 1 RStV sind.

Beiliegend als Anlage _____

Vereinbarungen zwischen an der Antragstellerin unmittelbar oder mittelbar im Sinn von § 28 RStV Beteiligten über die gemeinsame Veranstaltung von Rundfunk sowie über Treuhandverhältnisse und nach den §§ 26 und 28 RStV erhebliche Beziehungen.

Beiliegend als Anlage _____

1.6 Erklärung des/der Vertretungsberechtigten der Antragstellerin gemäß § 20a RStV

Als Vertretungsberechtigte/r der Antragstellerin

(Bitte Name der Antragstellerin angeben.)

erkläre/n ich/wir hiermit, dass ich/wir

- unbeschränkt geschäftsfähig bin/sind (§ 20a, Abs. 1 Nr. 1 RStV);
- die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht durch Richterspruch verloren und das Grundrecht der freien Meinungsäußerung nach Art. 18 GG nicht verwirkt habe/n (§ 20a, Abs. 1 Nr. 2 und 3 RStV);
- nicht einer verbotenen Vereinigung angehöre/n (§ 20a Abs. 1 Nr. 4 RStV);
- meinen/unseren Wohnsitz oder Sitz in der Bundesrepublik Deutschland, einem sonstigen Mitgliedstaat der EU oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum habe/n und gerichtlich verfolgt werden kann/können (§ 20a Abs. 1 Nr. 5 RStV);
- die Gewähr dafür biete/n, dass ich/wir Rundfunk unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und der auf dieser Grundlage erlassenen Verwaltungsakte veranstalte/n (§ 20a Abs. 1 Nr. 6 RStV) und
- hinsichtlich meiner/unserer Person/en keine Inkompatibilität gemäß § 20a Abs. 3 RStV vorliegt.

_____, den _____

(Ort)

(Datum)

(Vorname/n und Nachname/n angeben und unterzeichnen)

1.7 Vorlage von Führungszeugnissen zur Vorlage bei einer Behörde von allen Vertretungsberechtigten der juristischen Person (§ 30 Abs. 5 Bundeszentralregistergesetz – BZRG)

Hierbei handelt es sich um eine besondere Form eines Führungszeugnisses (§ 30 Abs. 5 BZRG). Es ist nicht zu verwechseln mit einem polizeilichen Führungszeugnis. Das Führungszeugnis zur Vorlage bei einer deutschen Behörde muss bei der örtlichen Meldebehörde beantragt werden und wird direkt an die jeweilige Landesmedienanstalt geschickt. Sie können das Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde auch online unter www.fuehrungszeugnis.bund.de beantragen.

Das/die Führungszeugnis/se zur Vorlage bei einer Behörde

wurde/n bereits bei der örtlichen Meldebehörde beantragt

oder online beantragt und zwar am _____ .

wird/werden zeitnah bei der örtlichen Meldebehörde beantragt.

Weitere Informationen zur Beantragung eines Führungszeugnisses zur Vorlage bei einer Behörde finden Sie hier: www.bundesjustizamt.de/DE/Themen/Buergerdienste/BZR/Inland/11.html

2. Angaben zum (geplanten) Streaming-Angebot

2.1 Art und Kategorie des (geplanten) Angebotes:

2.2 Programmname und URL des/der Streams

Wenn das Angebot identisch über mehrere URLs verbreitet wird, bitte alle URLs angeben:

2.3 Beantragte Zulassungsdauer:

Hinweis: Die mögliche Zulassungshöchstdauer ist in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich. Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrer Landesmedienanstalt.

2.4 Wann wurde/wird der Sendebetrieb aufgenommen:

2.5 Beschreibung des (geplanten) Angebotes:

Der Antrag muss erkennen lassen, in welchem Umfang redaktionell gestaltete Angebote veranstaltet werden sollen. Wann sollen die Streams angeboten werden?

Der Antrag muss ferner das (geplante) Angebot charakterisieren und sollte ggf. die Bestandteile des Angebotes erläutern.

Eine Übersicht über die (geplanten) Inhalte ist als Anlage _____ beigefügt.

2.6 Programmverantwortung

Die Programmverantwortung trägt:

Name

Vorname

Straße

Nr.

Adresszusatz

PLZ

Ort

3. Erklärung zur Einhaltung der programmbezogenen Anforderungen an die Rundfunkveranstaltung

Als Vertretungsberechtigte/r der Antragstellerin

(Bitte Name der Antragstellerin angeben.)

erkläre/n ich/wir hiermit, dass diese bei der Gestaltung und Veranstaltung des/der beantragten Programms/e

- die Programmgrundsätze nach §§ 3 und 41 RStV einhalten wird;
- die Werbe- und Sponsorregelungen der §§ 7 ff. und 44 ff. RStV sowie der Werberichtlinien der Landesmedienanstalten einhalten wird;
- die Vorschriften über den Schutz der Menschenwürde und der Jugend nach dem Jugendmedienschutzstaatsvertrag sowie der Jugendschutzsatzung und der Jugendschutzrichtlinien der Landesmedienanstalten einhalten wird;
- die Anforderungen an die Veranstaltung von Gewinnspielen und Gewinn-spielsendungen nach § 8a RStV und der Gewinnspielsatzung der Landesmedienanstalten einhalten wird.

_____, den _____

(Ort)

(Datum)

(Vorname/n und Nachname/n angeben und unterzeichnen)

4. Benennung eines Jugendschutzbeauftragten im Sinne des § 7 Abs. 3, 5 Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz - Staatsvertrag – JMStV)

Name des Jugendschutzbeauftragten

Straße

Nr.

PLZ

Ort

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Als Vertretungsberechtigte/r der Antragstellerin erkläre/n ich/wir, dass der Jugendschutzbeauftragte in seiner Tätigkeit weisungsfrei (§ 7 Abs. 4 JMStV) ist:

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Vorname und Nachname angeben und unterzeichnen)

Der Jugendschutzbeauftragte ist aus folgenden Gründen für diese Tätigkeit geeignet:

5. Angaben zur finanziellen, technischen und organisatorischen Ausgestaltung des (geplanten) Angebotes

5.1 Business Plan (wenn vorliegend) beiliegend als Anlage _____

5.2 Technische Ausstattung und Verbreitung beiliegend als Anlage _____

5.3 Personal und journalistische Ausstattung ggf. beiliegend als Anlage _____

6. Vollständigkeitserklärung der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) hinsichtlich der Erfüllung der Verpflichtung zur Erteilung von Auskünften und zur Vorlage von Unterlagen gemäß § 21 Abs. 2 Nr. 5 RStV

Als Vorstandsmitglied/Geschäftsführer erkläre/n ich/wir hiermit:

Ich habe (wir haben) dafür Sorge getragen, dass Ihnen alle nach § 21 Abs. 2 Nr. 1 - 4 RStV erforderlichen Angaben vollständig gemacht und alle Unterlagen vollständig vorgelegt wurden.

A) Beigefügte Unterlagen:

- Darstellung der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen im Sinne des § 28 RStV an dem Antragsteller sowie der Kapital- und Stimmrechtsverhältnisse bei dem Antragsteller und den mit ihm im Sinne des Aktiengesetzes verbundenen Unternehmen
- Gesellschaftsvertrag und satzungsrechtliche Bestimmungen des Antragstellers
- Vereinbarungen, die zwischen den an dem Antragsteller unmittelbar oder mittelbar im Sinne von § 28 RStV Beteiligten bestehen und sich auf die gemeinsame Veranstaltung von Rundfunk sowie auf Treuhandverhältnisse und nach den §§ 26 und 28 RStV erhebliche Beziehungen beziehen

B) Auskünfte und ergänzende Unterlagen:

- Plattform- und Vermarktungsverträge:
 - bestehen nicht
 - sind gesondert aufgeführt bzw. in der Anlage _____ angegeben
- Verträge, die wegen ihres Gegenstandes, ihrer Dauer oder aus anderen Gründen für die Beurteilung des Zulassungsantrags aus medienkonzentrationsrechtlichen Gesichtspunkten von Bedeutung sind oder werden können, z. B. Konsortialverträge, Optionsrechte, Stimmbindungsverträge, Verträge über Verpflichtungen, die aus dem Gewinn zu erfüllen sind, Unternehmensverträge im Sinne von § 291 AktG, Treuhandverträge:
 - bestehen nicht
 - sind gesondert aufgeführt bzw. in der Anlage _____ angegeben

- Angehörigenverhältnisse

Angehörige im Sinne von § 28 Abs. 4 RStV:

- bestehen nicht
- sind gesondert aufgeführt bzw. in der Anlage _____ angegeben

Angehörige im Sinne von § 15 AO der Beteiligten im Sinne von § 21 Abs. 2 Nr. 1 RStV:

- bestehen nicht
- sind gesondert aufgeführt bzw. in der Anlage _____ angegeben

Angehörige im Sinne von § 15 AO der Vertreter einer Person oder Personengesellschaft, die Beteiligte im Sinne von § 21 Abs. 2 Nr. 1 RStV ist:

- bestehen nicht
- sind gesondert aufgeführt bzw. in der Anlage _____ angegeben

Angehörige im Sinne von § 15 AO des Mitglieds eines Organs einer juristischen Person, die Beteiligte im Sinne von § 21 Abs. 2 Nr. 1 RStV ist:

- bestehen nicht
- sind gesondert aufgeführt bzw. in der Anlage _____ angegeben

Vergleichbare Einflüsse im Sinne des § 28 Abs. 2 RStV, die auf einen Veranstalter von einer Person ausgeübt werden, die einem Unternehmen allein oder gemeinsam mit einem anderen als Angehöriger nach den Grundsätzen des Wirtschafts- und Steuerrechts zuzurechnen ist:

- bestehen nicht
- sind gesondert aufgeführt bzw. in der Anlage _____ angegeben

Erhebliche und andauernde Beschränkungen, die die Ausübung der Rechte aus den Gesellschaftsanteilen in Bezug auf das Vermögen oder die Geschäftsführung des Unternehmens nachhaltig beeinträchtigen:

- bestehen nicht
- sind gesondert aufgeführt bzw. in der Anlage _____ angegeben

Anteile an verbundenen Unternehmen, die ausschließlich zum Zwecke ihrer Weiterveräußerung gehalten werden:

- bestehen nicht
- sind gesondert aufgeführt bzw. in der Anlage _____ angegeben

Verträge, aus denen sich das Recht ergibt, die Mehrheit der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane zu bestellen oder abzurufen:

- bestehen nicht
- sind gesondert aufgeführt bzw. in der Anlage _____ angegeben

Vereinbarungen darüber, dass Anteile an den Gesellschaften für Rechnung eines Dritten gehalten werden:

- bestehen nicht
- sind gesondert aufgeführt bzw. in der Anlage _____ angegeben

Mitgeteilte Beteiligungen nach § 20 AktG:

- bestehen nicht
- sind gesondert aufgeführt bzw. in der Anlage _____ angegeben

Von dem Auskunftsverweigerungsrecht (Unterlassen von Angaben nach § 22 Abs. 6 RStV) ist

- kein Gebrauch gemacht worden
- in dem in der Anlage _____ dargelegten Umfang Gebrauch gemacht worden.

C) Zusätze und Bemerkungen:

Ich/wir versichere/n, dass ich/wir alle in diesem Antragsformular enthaltenen Fragen gelesen und verstanden und die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig gemacht habe/n. Mir/uns ist bekannt, dass ich eine Änderung der gemachten Angaben unverzüglich der jeweiligen Landesmedienanstalt anzeigen muss.

_____, den _____

(Ort)

(Datum)

(Unterschrift/en / Firmenstempel)